

# Danziger Zeitung

Nr 16807

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Dezember.

### Die Wolken im Osten.

Die allarmierende Nachricht, Deutschland und Oesterreich-Ungarn beabsichtigen, in Petersburg Aufklärungen über die russischen Truppenzusammenschüßungen an der galizischen Grenze zu verlangen, ist, wie zu erwarten war, von den Wiener Officiellen sofort dementirt worden; aber die Situation wird dadurch nicht im mindesten gebessert. Das Ueberwachen eines jeden Tages über die Vorgänge im Grenzgebiet hat überraschen lassen. Und auch jetzt noch scheint man sich mit Illusionen zu tragen. Die Ausrückung, Rußland müsse mit Rücksicht auf das große Landgebiet und die Langsamkeit der Mobilmachung Vorkehrungen gegen etwaige Ueberfälle treffen, ist doch gar zu durchsichtig. Der Gedanke, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland eines schönen Tages über Rußland herfallen könnten, ist geradezu lächerlich. Wahrscheinlicher ist schon, daß Rußland gewisse Vorkehrungen getroffen hat für den Fall, daß die Pariser Kritik einen anderen, für die Slavophilen erfreulicheren Ausgang genommen hätte, als der jetzt eingetretene. Aber selbst dann wäre der Beweis geliefert, daß die Erwartungen, welche an die Berliner Anwesenheit des Kaisers geknüpft wurden, trotz alledem getäuscht worden sind. In Wirklichkeit sind nur die Erwartungen derjenigen getäuscht worden, die von der Ansicht ausgingen, der Zar habe die Entscheidung über Krieg oder Frieden in der Hand. Nicht der Zar entscheidet, sondern Rußland, d. h. die Parteien, die dort die Fäden in der Hand haben und die gerade jetzt den Beweis liefern, daß sie können, wenn sie wollen.

Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, wenn man der neulichen Bemerkung des Kriegsministers im Reichstage, die Regelung der Unterstützung der Familien der im Dienst stehenden Mannschaften sei dringlicher, als die Regelung der Unterstützung bei Friedensübungen, weil das erstere Gesetz vor der nächsten Friedensübung praktisch werden könnte, nachträglich mehr Bedeutung beilegen möchte, als anfangs geschehen ist. Die Bemerkung konnte um so auffälliger erscheinen, als der Kriegsminister die Hervorhebung derselben durch Herrn Singer schweigend aufnahm. In normalen Zeiten wäre die Friedensunterstützung dringender als die Kriegsunterstützung, um so mehr, als für die letztere doch schon durch die bestehenden Gesetze Vorkehrungen getroffen sind.

Eine offiziöse Berliner Correspondenz meint, die hochgradige Aufregung über die Rundgebung des Wiener „Freundenblatts“ sei insofern nicht angezeigt, als ein ganz neues Moment in die auswärtige Lage nicht hineingetragen sei und kompetente Beurtheiler der Lage wüßten, daß im großen und ganzen die Verhältnisse heute noch ebenso liegen, wie das schon seit Wochen und Monaten der Fall gewesen. Das offiziöse Organ fährt dann fort: „Wie wenig sich die politischen verirrten Berliner Kreise über die Thatsache der Truppenmobilisation hinter den russischen Westgrenzen täuschen, davon konnte man sich noch ganz kürzlich aus einem Berliner Briefe der Wiener „Pol. Corr.“ überführen, dessen Inhalt vollständig orientirter Autor den Standpunkt vertrat und begründete, daß es für Oesterreich-Ungarns Interesse nicht genüge, sich nur den Gefinnungen und Worten nach loyal an Deutschlands Seite zu stellen, sondern daß es ernstlich darauf bedacht sein müsse, auch materiell ein fester Bundesgenosse Deutschlands im Rahmen der Friedensallianz zu sein. Das Zeugnis des Wiener „Freundenblatts“ beweist uns, daß man in Wien sich dem Berliner Standpunkte angeschlossen hat und sein Verhalten demgemäß einrichtet. Wir sind daher wohl zu der Hoffnung berechtigt, daß die Andeutungen des „Freibl.“ zu einer Klärung der Situation führen und vielleicht sogar den Kaiser Alexander zu der Einsicht bringen dürften, daß die Abgeschlossenheit seiner Lebensweise von Elementen seiner Umgebung demüthigt wird — ob aus Interesse oder aus Mißverständniß, mag hier unerörtert bleiben — wir erinnern an die Affäre der gefährlichen Altskizze — ihm ein unzutreffendes Bild der Weltlage vorzuführen. Jeder bietet sich nur zu selten eine Gelegenheit zur Aufklärung, wie es hier in Berlin bei der neulichen Anwesenheit des russischen Herrschers der Fall war, wo der Reichszugler dem Monarchen Auge in Auge, von Mund zu Mund Rede und Antwort stand, oder, wie der in Berlin bevorzugte Ausdruck lautet: dem Kaiser Alexander reinen Wein einschenkte.“

### Der Etat des Auswärtigen Amtes

Wird im Plenum des Reichstages kaum zu umfassen den Debatten führen. Die Budgetcommission beantragt an der Hand eines mündlichen Berichtes, mit dessen Erstattung der Abg. Graf v. Behr-Behrnbeck betraut ist, die unveränderte Annahme der Hauptpositionen, also Gesandtschaften, Consulate und Schutzgebiete, sowie der einmaligen Ausgaben. Es ist auch nicht anzunehmen, daß im Hause dagegen Einwendungen erhoben werden. Allem Anscheine nach werden sich die Erörterungen über diesen Etat darauf beschränken, daß aus der Mitte des Hauses über einzelne Punkte die Aufmerksamkeit verlangt und in gewohnter Weise seitens der Regierung gewährt werden wird. Man hatte beabsichtigt, eingehendere Erörterungen über die Colonialpolitik, über die in der Commission „vertrauliche“ Mittheilungen gemacht worden sein sollen, an die Position für die Schutzgebiete zu knüpfen; man ist indessen davon zurückgekommen, da Kaiser Bismarck den Debatten nicht beiwohnt, doch dürfte ein anderer Anlaß dazu sich noch bieten.

### Die Vorarbeiten für den preussischen Landtag.

der in der zweiten Januar-Woche berufen werden soll, werden jetzt sehr lebhaft betrieben. Die Etatsarbeiten sind, wie unser Berliner Correspondent schreibt, nahezu beendet, und wie seit den letzten Sessionen dies immer der Fall war, so wird auch in der nächsten der Etat mit allem Zubehör sofort nach Constatierung des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden. Dies wird indessen die Hauptarbeit der Session bilden. Eine ganze Reihe kleinerer Entwürfe, meist provinziellen Charakters, Landgüterordnungen u. dergleichen, werden außerdem noch vorgelegt; ob und inwieweit andere größere Vorlagen erscheinen, ist endgültiger Entscheidung noch vorbehalten. Besonders umfassend wird das Arbeitspensum des Landtages sich nicht gestalten. In gewissen Abgordnetenkreisen behauptet man, die Regierung glaube die Session des Reichstages wie des Landtages vor oder doch nicht lange nach Ostern schließen zu können. Freilich ist nicht gut abzusehen, wie unter solchen Umständen das Arbeiter-Alterverordnungs-Gesetz, die Novelle zum Genossenschaftsgesetz u. dergleichen verabschiedet werden könnten.

### Der Kampf um die Kornzölle.

Die Getreidezoll-Commission des Reichstages, welche heute des katholischen Feiertages wegen pausirt, wird voraussichtlich am Freitag die erste Lesung mit der Beschlußfassung über die Identitätsfrage zum Abschluß bringen. Die zweite Lesung in der Commission ist für Sonnabend in Aussicht genommen. Derselbe wird unter allen Umständen rasch verlaufen, mögen nun die Deutschconferativen an der Taktik, jede geringere Zollerhöhung als die von der Regierung beantragte abzulehnen, festhalten oder nicht. Im letzteren Falle wird der zweiten Lesung aber eine Verständigung der Majorität vorausgehen müssen. In dem einen wie in dem anderen Falle können die Commissionsbeschlüsse im Laufe der nächsten Woche zur zweiten Beratung im Plenum kommen, und die extremen Agrarier trösten sich mit der Hoffnung, daß das Plenum bewilligen wird, was die Commission verlagert. Die „Conf. Correspond.“ geht noch einen Schritt weiter, indem sie vermutet, die Gegner der Regierungsvorlage, welche für eine geringe Erhöhung der Zölle gestimmt haben, hätten durch ihr Auftreten in der Commission die Wähler nur über das vorhandene Maß der ihnen beizubehaltenden Gewissenhaftigkeit beruhigen wollen; nachdem das geschehen, würden sie für die Regierungsvorlage stimmen. Wir machen selbstverständlich keinen Anspruch darauf, die Cartellbrüder der Herren v. Mirbach und Gen. besser zu kennen, als dieser selbst. Inbessenen kann man den Gedanken doch nicht zurückweisen, daß wenig Aussicht für eine Majorität für den 6. März-Joll im Plenum ist, wenn die Freunde und Gegner der Vorlage in den einzelnen Fractionen bei der Wahl der Commissionsmitglieder halbwegs in zutreffender Weise vertreten sind. Ist das der Fall, so sind die Aussichten der Regierungsvorlage im Plenum nicht sehr günstig. Die Agrarier würden dann die mächtigen Erhöhungen acceptiren müssen, welche sie jetzt so stolz von der Hand weisen.

Die „Pol. Nachrichten“, des Herrn Finanzministers Organ, fahren indessen fort, jede Concession zu bekämpfen und zum klaren Festhalten an den sechs Mark-Sätzen anzufeuern. Mit großem Pathos reden sie bereits auf das Plenum des Reichstages ein, um dasselbe zu einer Entscheidung im Sinne der Vorlage zu bestimmen, und schreiben u. a.:

„Was diese Entscheidung selbst anlangt, so wird man sich klar machen müssen, daß zur Entscheidung steht, wie dem Vorstände der Landwirtschaft abzuhelfen ist, und daß dazu allein das Mittel dienen kann, welches die Landwirtschaft selbst als nothwendig, aber auch als ausreichend bezeichnet hat und welches in den Sägen der Vorlage enthalten ist. Findet sich zur Zeit im Reichstage keine Mehrheit, welche bereit ist, den Forderungen der Landwirtschaft zu entsprechen und damit die Kornzollfrage zum Abschluß zu bringen, so würde es vorzuziehen sein, eine bessere Chance für die Wiederholung der Vorlage abzuwarten, als jetzt zu haben. Maßregeln zu greifen, welche weder der landwirtschaftlichen Noth abhelfen, noch die Frage der Kornzollerhöhung zum Abschluß bringen würden. Gerade aus diesem Gesichtspunkte ist der Standpunkt derjenigen, welche lieber jetzt auf jede Zollerhöhung verzichten, als einer zur Linderung der landwirtschaftlichen Noth unzureichenden Maßregel zustimmen wollen, der allein richtige.“

Zum Schluß mahnen die „Pol. Nachr.“ nochmals, die Frage der Höhe der Kornzölle nicht mit der noch keineswegs spruchreifen Frage der Aufhebung des Identitätsnachweises zu verquicken. Natürlich nicht; denn was kümmert sich eine solche einseitig-agrarische Politik darum, daß auch der Handel bei der ganzen Sache auf das lebhafteste betheiligt ist! Im übrigen kann es uns schon recht sein, wenn Herr Schweinburgs Rath befolgt wird und die Agrarier veranlaßt, bis zuletzt nach der Parole „alles oder nichts“ zu verfahren. Die Herren wüßten freilich, und vielleicht auch mit Grund, auf helfende Vorgänge hinter den Coulissen rechnen. Sollten aber diese ausbleiben, so haben wir durchaus nichts dagegen, wenn die Agrarier, die zu habenden niedrigeren Zölle verschmähen, der Opposition beifällig sein wollten, die Zollerhöhung überhaupt zu Falle zu bringen, um „bessere Chancen“ abzuwarten.

Wenn man die Thatsache besonders ins Auge faßt, daß die große Mehrheit der Commission im allgemeinen einer Erhöhung der bestehenden Zölle geneigt ist und nur über das zulässige und wünschenswerte Maß der Erhöhung verschiedenerlei Meinung ist, so ergibt sich ein interessantes Resultat. Für Weizen also wurden, gegenüber dem Satz von 6 Mk. in der Regierungsvorlage, 5 Mk. und 4 Mk. vorgeschlagen; bei Roggen wollte man sich sogar theils für 5 Mk., theils für 4 Mk. und theils nur für 4 Mk. entscheiden. Diese Thatsache, daß die Freunde der Zollerhöhung aus voller Ueberzeugung, je nach dem Standpunkte, sich für oder gegen Zölle erklären, welche nur um 50 Pf. per Doppelcentner

bifferiren, beweist doch unwiderleglich, daß selbst nach dem Urtheil dieser landwirtschaftlichen Schöpsdöner selbst ein Zoll im Betrage von 50 Pf. durchaus keine geringfügige Sache ist. Aus welchem Grunde sträubt sich derjenige, welcher einen Roggenzoll von 4 Mk. bewilligen will, energisch gegen die Zumuthung, bis 4.50 Mk. zu geben, wenn er selbst nicht der Ansicht ist, daß diese Zollerhöhung um 50 Pf. keineswegs ohne Bedeutung ist? Warum schreit der Agrarier, der einem Roggenzoll von 4.50 Mk. das Wort redet, durchaus vor einem Zolltag von 5 Mk. zurück, wenn er nicht überzeugt ist, daß die Differenz um 50 Pf. allerdings auch eine Differenz für den Getreide- und Brodpreis bedeutet? Gerade die Debatten in dieser überwiegend schützollnerisch-agrarischen Commission haben deshalb die von den Gegnern der Getreidezölle immer vertretene Anschauung bekräftigt, daß jeder Getreidezoll und jede Erhöhung bestehender Getreidezölle, wie geringfügig sie auch sein möge, doch einen wirtschaftlichen Einfluß ausübt; fühlen sich jetzt ehrliebe Schützöllner gedungen, hartnäckig darüber zu streiten, ob der Roggenzoll um 50 Pf. höher oder niedriger anzusetzen sei, so haben sie wahrlich kein Recht mehr, diejenigen Freihändler anzugreifen, welche i. J. 1879 sich dem ersten Roggenzoll von 50 Pf. mit aller Energie widersetzten und seitdem auch jede Erhöhung dieses Zolles bekämpften.

### Das neue Ministerium in Paris.

Der Präsident Sadi Carnot ließ gestern Nachmittag Fallières zu sich entbieten und offerirte ihm die Bildung des Cabinets. Fallières lehnte unter Berufung auf seinen Gesundheitszustand und auf den Mangel an genügendem Ansehen, um die Verantwortlichkeit der Regierungsgewalt auf sich zu nehmen, ab. Fallières' Freunde waren indeß noch geistern der Meinung, er werde schließlich wohl annehmen. Aber er ist bei seinem Entschlus geblieben und nun ist es so gekommen, wie es schon vor mehreren Tagen als wahrscheinlich galt: Goblet ist berufen worden, worüber uns folgendes Telegramm zugeht:

Paris, 8. Dez. (B. L.) Goblet hat den Auftrag zur Bildung des neuen Cabinets übernommen.

Die wichtigste Frage ist jetzt die nach der Besetzung des Kriegsministeriums. Boulanger und Goblet waren schon einmal Collegen. Werden sie es wieder werden?

### England und der Dreibund.

Das Verhältnis Englands zu dem Bunde der mitteleuropäischen Mächte beschäftigt die öffentliche Meinung in England nicht wenig. Alle Welt weiß, daß letztere einem förmlichen Anschlusse Englands an irgend ein Allianzsystem auf dem Continent aus Verborgnis, hierdurch in continentale Handel verwickelt zu werden, um so weniger hold ist, als hier zu Lande die Vortheile der insularen Lage Englands und der ihm durch dieselbe gewährten Unangreifbarkeit, so lange es sich rein defensiv verhält, im allgemeinen überschätzt werden und für die Pflichten, welche England durch seine Stellung als Weltmacht einerseits und gewisse minder zu Tage tretende Interessen andererseits auferlegt werden, ein Verhältniß nur in den intelligenten Kreisen vorhanden ist. Aus allen diesen Gründen ist in England ein bindender Anschlus an das mitteleuropäische Bündniß trotz aller Sympathien für das letztere nicht populär. Unter solchen Umständen kann und wird es niemand überraschen, daß die „Times“ den etwas weitgehenden Behauptungen, welche in den letzten Tagen über die Natur der Beziehungen Englands zu dem Dreibunde in continentalen Blättern auftauchten, mit einer Art von Ablehnung entgegnet.

In den diplomatischen Kreisen Londons wird gleichwohl, wie man der „Pol. Corr.“ schreibt, nicht gezwieft, daß die durch die „Times“ widersprochenen Meldungen, so sehr sie in der Form und theilweise wohl auch im Inhalte über das Ziel geschossen haben mögen, einige Kernchen Wahrheit enthalten dürften. Man ist der Meinung, daß in der Publication der „Times“ der Hauptnachdruck wohl auf das Wort „Tripelallianz“ zu legen ist, zu welcher ein England zu maritimer Hülfeleistung verpflichtendes Verhältniß in Abrede und gewiß auch mit Recht in Abrede gestellt werden sollte. Das würde aber nicht ausschließen, daß seitens Englands zu einer der die Tripelallianz bildenden Mächte ein Verhältniß von solcher Intimität bestehen könnte, daß es bis zur Verpflichtung, oder doch zur spontanen Bereitschaft zu etwaigen Kooperationen zur See reichen mag. Ein solches Verhältniß würde, ohne direct mit der Tripelallianz selbst zu bestehen, der letzteren in seinen Wirkungen immerhin zu gute kommen. Die Berliner „Kreuzzeitung“ hat ihren Antifindungen über Englands Beziehungen zu den Centralmächten die Festung gegeben, daß die bezüglichen Verhandlungen in London, nicht von dem deutschen Botschafter, sondern selbst geführt werden. Sollte voranstehende Hypothese, mit der, wie es auf der Hand liegt, nur Italien gemeint sein kann, mehr als Hypothese sein, dann fände die etwas mysteriöse Andeutung des Berliner Blattes einen sinnreicheren Aufschluß.

### Die belgische Kanonenfrage

Kam gestern in der Repräsentantenkammer zu Brüssel zur Sprache. Auf eine Interpellation des Abg. Neuseau bezüglich der Aufträge für Kanonenerlieferungen erwiderte der Kriegsminister, er nehme fortwährend auf die Interessen der Industrie Rücksicht, aber er suche dieselben so viel wie möglich mit den höheren Interessen der nationalen Verteidigung zu verbinden. Von den während der letzten zehn Jahre für die Artillerie verausgabten 21 Mill. Frs. seien 18 1/2 Mill. im Lande verblieben. Bei den Bestellungen für die Armierung der neuen Kanonensysteme werde eine Concurrenz innerhalb der nationalen Industrie ausgeschrieben werden. Die königliche Geschützfabrik sei mit der Herstellung bestimmter Kanonen beauftragt worden, während Feldgeschütze von stärkerem Kaliber im

Auslande hergestellt werden würden, um nicht die Einheitlichkeit des Systems zu zerstören.

### Reibungen im bulgarischen Ministerium.

Nach briefl. den Meldungen, die der „Pol. Corr.“ aus Sofia über jüngste Zerwürfisse im bulgarischen Cabinet zugehen, hat J. Stiziminski Stollow in Folge eines in dem regierungsfreundlichen Journal „Swoboda“ erschienenen sehr gebührenden Artikels gegen die bulgarischen staatsanwaltschaftlichen Behörden, der in den Kreisen der letzteren große Entrüstung erregte, am 28. Novbr. dem Cabinet-Chef Stambulow auf schriftlichem Wege seine Demission angeboten, nachdem es ihm nicht gelungen war, eine entsprechende Genugthuung für diesen Artikel zu erhalten. Seit der Intervention des Fürsten gelang es, Herrn Stollow zur Zurücknahme seines Demissionsgesuches zu bestimmen, worauf die „Swoboda“ eine Erklärung brachte, daß der betreffende Artikel keineswegs auf die Person des Justizministers gemünzt war.

### Die maroccanische Konferenz.

Wie aus Madrid geschrieben wird, sind die Präliminarverhandlungen betreffend den Zusammtritt einer internationalen Konferenz zur Uebersicht der maroccanischen Schutzbefehlenden Convention von 1880 mit der Uebersicht der Mächte günstig beendet und im allgemeinen dem Abschlusse nahe, so daß der Zusammentritt der Konferenz in Madrid um die Mitte Januar 1888 ins Auge gefaßt wird.

Wir haben bereits gemeldet, daß die spanische Regierung nur den Ablauf der französischen Präsidien- und der durch dieselbe bedingten Cabinetsthe abwartet, um mit der Verjendung der formellen Einladungen vorzugehen.

### Deutschland

Berlin, 7. Dezbr. Am heutigen Vormittage ließ der Kaiser vom Grafen v. Bismarck sich Vortrag halten, arbeitete darauf längere Zeit mit dem Chef des Civilcabinet und empfing den Generalleutnant z. D. v. Kragau und einige andere Militärs. Nachmittags hatte der Kaiser eine längere Konferenz mit dem Staatssecretär Grafen Herbert v. Bismarck.

Berlin, 7. Dezbr. Der Ausschuss des preussischen Volkswirtschaftsraths, an welchen vom Plenum die Grundzüge der Alters- und Invalidenversicherung zur Vorberatung überwiesen waren, hat gestern und heute Sitzungen abgehalten und folgende Beschlüsse gefaßt:

Die unter Punkt 1 der Grundzüge aufgeführten versicherungspflichtigen Personen sollen erst „vom 16. Jahre an“ versichert werden dürfen. Ein Antrag auf Ausschluß der selbständigen Gewerbetreibenden der Hausindustrie von der Versicherungspflicht, die nach den Grundzügen durch Beschluß des Bundesraths ausgesprochen werden kann, wurde abgelehnt. — Punkt 2, welcher die Stellung der Beamten zur Alters- und Invalidenversicherung regelt, wurde ohne jede Veränderung angenommen. — Im Laufe der Discussion über die Punkte 3 und 4, in denen u. a. dem Bundesrathe die Entscheidung darüber anheimgestellt ist, Mitglieder anderer Kassen in die Versicherung, welche die Alters- und Invalidenversicherung zum Gegenstand haben, von der Versicherungspflicht zu befreien, wurde seitens der Regierungsdirektor klargestellt, daß es sich bei den „anderen Kassenversicherungen“ vornehmlich um staatliche und communale Kassen handle, daß dabei allerdings auch an andere Kassen gedacht worden sei, aber nur sofern sie eine sichere Gewähr für dauernde Leistungsfähigkeit darbieten; dies treffe im allgemeinen bei den freien Kassen nicht zu und würde deshalb der Bundesrath niemals die Mitglieder solcher Kassen von der Versicherungspflicht befreien, wenn nicht die dauernde Beitragsfähigkeit sicher garantirt werden könne. Die Anfrage eines Mitgliedes, ob die Zeit, welche ein Versicherter in einem Correctionshause auf Arbeit verbringe, demselben in Anrechnung zu bringen sei, wurde seitens der Regierungsdirektor verneint. Die Punkte 3 und 4 wurden darauf ohne Veränderung angenommen. — Bei Punkt 5, in welchem festgelegt wird, daß die Altersversicherung mit vollendetem 70. Lebensjahre eintritt, wurde ein Antrag auf Verabfolgung der Altersrente bis zum 65. Lebensjahre gestellt, indeß abgelehnt. — Sodann wurde auf Punkt 2 recurriert. In demselben wird bestimmt, daß Personen, welche Pensionen oder Wartegelder im Betrage von jährlich 12 M. oder mehr beziehen oder welchen auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung der Bezug einer jährlichen Rente von mindestens demselben Betrage ansteht, der Versicherungspflicht nicht unterliegen. Es wurde beschlossen, das Minimum der jährlichen Rente für die der Unfallversicherung unterliegenden Arbeiter von 120 auf 250 M. zu erhöhen, damit diejenigen Arbeiter, welche eine Unfallrente beziehen, in ihren Ansprüchen auf die Invalidenrente nicht beschränkt würden. Punkt 6, in welchem bestimmt wird, daß die Rente aus in Naturalleistungen gewährt werden kann, wurde ohne Discussion angenommen. — Ueber die Punkte 7 und 8 entspann sich eine lange Debatte. Punkt 7 bestimmt, daß der Anspruch auf Invalidenrente für solche Versicherte wegfällt, welche sich erweislich die Arbeitsunfähigkeit vorsätzlich oder durch schuldhaftes Verhalten bei Schlägereien oder Raufhändeln zugezogen haben. Es wurde der Antrag gestellt und angenommen, daß der Anspruch nur dann wegfallen solle, wenn durch strafrechtliches Urtheil dieses Verschuldens der Versicherten festgestellt sei. In den Punkten 7 und 8 wird ferner bestimmt, daß aus Billigkeitsgründen die Rente vor Ablauf der Wartezeit zu gewährt werden könne. Ein Antrag, diesen Pausen zu streichen, fand nicht die Mehrheit des Ausschusses. Dagegen wurde bei der Invalidenrente im Punkt 8 wurden Anträge auf Verzinsung derselben auf ein bezug. drei Jahre gestellt, und wurde der letztere Antrag angenommen. — Punkt 9 legt als Beitragsjahr einen Zeitraum von 300 Arbeitstagen fest. Es wurde beschlossen, das Beitragsjahr auf 280 Kalenderarbeitstage zu normiren. — Punkt 10 handelt im ersten Alinea von der Aufbringung der Mittel. Es wurde der Antrag gestellt, den Reichszuglufs zu streichen. Dieser Antrag wurde jedoch mit allen Stimmen gegen die des Antragstellers abgelehnt. — Discussion und Abstimmung über Alinea 2 des Punktes 10 und Punkt 11 wurden verschoben bis zur Beratung über Punkt 33. — Im Alinea 1 des Punktes 12 wurde dem früher gefaßten Beschlusse gemäß statt der Worte „300 Arbeitstage“ „280 Kalenderarbeitstage“ eingefügt. Die Abstimmung über die Abgabe a und b im Alinea 2 wurde vertagt. — Alinea 1 und 2 des Punktes 13, in welchem die Höhe und Steigerung der Invalidenrente festgelegt wird, wurden ohne Discussion angenommen.



63 Fracht 3 d. — Quett (gut reitend) 2000  
vados) 5%

**Danziger Börse.**

**Amstliche Notirungen vom 8. Dezember.**

**Die ges. loco inländ. niedriger, Transit mitt. 7/8 Loun**  
**von 1000 Rg.**

feingläsig u. weiß	126—135 $\frac{1}{2}$	130—163 $\frac{1}{2}$ Br.	
schwarz	126—135 $\frac{1}{2}$	130—163 $\frac{1}{2}$ Br.	
hellbraun	126—135 $\frac{1}{2}$	130—163 $\frac{1}{2}$ Br.	100-158
braun	126—135 $\frac{1}{2}$	126—158 $\frac{1}{2}$ Br.	$\frac{1}{2}$ bez.
roth	126—136 $\frac{1}{2}$	126—160 $\frac{1}{2}$ Br.	
ordinär	126—130 $\frac{1}{2}$	1.0—146 $\frac{1}{2}$ Br.	







Im Familienkreise  
50 der neuesten und beliebtesten  
Länge, darunter 12 von Herrn.  
Hesse, für Klavier zu 2 Händen  
In 1 Bande nur 1 A. 80 A.  
**Hermann Lau,**  
Musikalienhandlung,  
Wollweberstraße Nr. 21.  
W. Italien, zu Weis-  
nachts-Geschenken passend, in  
reicher Auswahl vorrätig.

  
**Dampfer „Neptun“**  
lädt bis Sonnabend Mittag in der  
Stadt, Nachmittags in Neufahrwasser  
nach Dirschau, Riene, Kurgard,  
Neuenburg, Graudenz. (3104)  
Güter-Anmeldungen bei  
**Ferd. Krahn,**  
Schäferrei 14.

  
Mit dem heutigen Tage lege  
ich die Expedition der Nichte-  
schen Dampfer nieder.  
**A. R. Piltz.**  
Weinmanns 1. u. 2. H.  
Serie, Ziehung 17-20. Decem-  
ber cr., Loose 2 A. 1,  
Loose der IV. Baden-Baden-  
Lotterie 2 A. 2, 10,  
Kölnener Dombau-Lotterie,  
Hauptgewinn 75 000 A., Loose  
a 2.50 A. bei (3123)  
**Th. Berling,** Gerbergasse 2

**Amerikanische  
Apfelschnitte,**  
pro Pfd. 60 A.,  
feinstes schlesisches  
**Pflaumenmehl,**  
pro Pfd. 20 A.,  
**delicate  
Fettbündlinge,**  
3 Stück 10 A.,  
empfehlung und empfiehlt (3122)  
**A. W. Prahl,**  
Breitgasse 17.

**Vorzügl. Bänderlachs,**  
Astrach. Perl-Caviar,  
grobkörn. Elb-Caviar,  
Riesen-Neunaugen,  
Rehe, Hasen, Fasanen,  
Puten etc. (3130)  
empfehlung  
**Eduard Martin,**  
Brodänkengasse 48.  
Bestellungen auf einzelne Schüsseln  
sowie auf Dinners und Soupers wer-  
den bestens ausgeführt.  
Große  
**Marzipan-Mandeln,**  
**Bunderzucker,**  
**Rosenwasser etc.**  
empfehlung in bester Qualität zum  
billigsten Preise  
**Leo Prügel,**  
Heil. Geistgasse 29.  
Eine Mandelmühle steht zur ge-  
fälligen Verabreichung. (3118)  
Bestes geschältes pomm. Backobst  
Apfel u. Birnen, p. Pfd. 40 Pf.  
Prima Astrach. Schotenkerne,  
a Pfund 2 A.,  
empfehlung  
**Magnus Bradtke.**  
**Enten-Gelée,**  
vorzüglich, empfehlung (2419)  
**Magnus Bradtke.**  
Sehr starke  
**Waldhagen**  
empfehlung  
**Aloys Kirchner,**  
Poggenpuhl 73.  
**Wiener  
Leder-  
waaren:**  
**Schreib-  
mappen,**  
**Briefstaschen,**  
**Cigarrentaschen**  
Visites, Plüschsachen etc.  
empfehlung preiswerth (3119)  
**A. Cohn Wwe.**

**Geschäfts-Verlegung.**  
Hiermit erlaube mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich,  
um größere Räumlichkeiten zu gewinnen, meine  
**Delicatessen-Handlung**  
und Stadtküche von der Reutergasse 14  
nach der  
**Brodänkengasse 42,**  
**Gde Pfaffengasse,**  
(früher Herrn Optiker Victor Liebau's Lokal)  
verlege und in diesen neuen Räumen eine den Zeitverhältnissen an-  
gemessene Vergrößerung meines Geschäftsbetriebes unternehme.  
**Eröffnung der neuen Lokalitäten**  
**Sonnabend, den 10. d. M.**  
Dem mir bisher entgegengebrachten Vertrauen und Wohlwollen  
mich auch ferner empfohlen haltend, zeichne ich  
Hochachtungsvoll  
**C. Bodenburg,**  
Traiteur. (3077)

**Zum bevorstehenden Weihnachtsfeste**  
empfiehlt die  
**Bürsten- und Pinsel-Fabrik**  
von  
**W. Unger,**  
Langenmarkt 47, neben der Bäckerei:  
**kleider-, Kopf-, Hut- u. Taschenbürsten,**  
Garnituren in Schildpatt, Elbein, Büffelhorn, Perlmutter etc.,  
Bürsten zur Malerei und Stickerie,  
Krimelbürsten und Schippchen,  
Zahn- und Nagelbürsten,  
Nasirpinsel, Nasir- u. Seifendosen, Nagelscheren, Nagelfeilen,  
Funderdosen, Funderquasten, Zahnbürstchenhalter, Zerkünder,  
Glas- und Buchholzröhren, Buchholzflacons, Frottirbürsten,  
Frottir-Handschuhe und Bänder, Schwammkörbe, Schwammnetz,  
Brennmaschinen, Brennmaschinen,  
**Stahlkopfbürsten,**  
Einfach-Rämme und Nadeln,  
Friseur-, Staub-, Loup- und Taschen-Rämme  
in Schildpatt, Elbein, Büffelhorn, Gummi, Olive doré etc.  
**Reise-Accessoires,**  
Nasir- Etuis, Brenn- Etuis,  
Taschen- Etuis, Reiserollen, Kammlasten,  
Nasir-Messer- und Streichriemen,  
**Damen-Toilette-Spiegel, 3-theilig,**  
Damen-Toilette-Spiegel, 3theilig,  
Toilette-Spiegel mit und zur Malerei,  
Patent-Spiegel, Hand Spiegel, Tisch Spiegel, Nasir-Spiegel,  
Parfümerien, Toilette-Seifen, Toilette-Artikel  
der besten deutschen, englischen und französischen Fabriken.  
**Kölnisches Wasser**  
von Johann Maria Farina, gegenüber dem Altesplatz,  
Marie Clementine Martin, Klosterfrau, und  
Johann Maria Farina & Co., zur Stadt Genua.

**Weltberühmt**  
sind die unübertrefflichen Hand-  
schuhe der Marke „Hunde-  
leder oder Dogskin“  
**weich und schmiegsam,**  
**doppelt gesteppt, fast**  
**unzerreissbar,**  
für Herren  
mit Patent-  
Verschluss,  
für Damen  
mit 3  
Knöpfen.  
  
**Dogs-  
kin.**  
Mein jetziges sehr grosses  
Sortiment in selten schöner Qua-  
lität empfehle zu besonders günstigen  
Einkäufen.  
Als Specialität empfehle meine  
**feinen franz. ziegenled.  
Handschuhe**  
4 Knopf A. 3.50 und 6 Knopf  
Mousquetairs A. 4.

**Weihnachts-  
Ausstellung**  
in  
**Herren- Cravatten**  
Prachtvolle Nouveautés.  
Billigste Preise!  
Sämmtliche Sorten starker  
**Tragebänder.**  
Empfehlungswürdigste:  
Professor von Eschmarch's  
**Tourniquet-Rosenträger**  
Qual. I. Qual. II. Qual. III.  
A. 1.75. A. 2. A. 2.50  
ferner zu gleichen Preisen  
**starke Gummi-Träger**  
mit Wildleder-Garnituren.  
Grösste Niederlage englischer  
und sächsischer  
**Woll-Handschuhe**  
in starken Tricot- und Strick Ge-  
weben zu billigsten Fabrikpreisen.  
Sämmtliche Sorten gefüllt.  
**Glacé-Handschuhe,** darunter  
mit Pelzbesatz und Sprungfeder  
von A. 2.50 an.  
**Russische Pelz-Hand-  
schuhe mit echt Bismarck**  
und Schafpelz gefüllt.

**A. Hornmann Nachf.,**  
**V. Grylewicz,** Begründet 1848.  
No. 51, Langgasse No. 51, nahe dem Rathhause.

**Gelesene Marzipan-Mandeln,**  
**Bunderzucker, Rosentwasser, Succade,**  
**Citronenöl, Hirschhornsalz etc.**  
empfehlung  
**Joh. Wedhorn, Vorst. Graben 4/5.**  
NB Eine wirklich praktische Mandelmühle hatte für meine werthe  
Kundschaft zur Gef. Verw. eing. (3073)

**Christbaumschmuck.**  
Großartige Auswahl, viele Neuheiten in pracht-  
vollen Mustern, Wachsstock und Baumlichte etc. etc.  
empfehlung zu billigen Preisen (3102)  
**B. J. Gaebel, Langgasse 43.**

**Sonnabend, 10. December 1887**  
**Eröffnung**  
meines  
**Putz-, Weiss- und Wollwaaren-  
en gros u. en detail-Geschäftes**  
in den großen neu decorirten Räumen  
**der früheren Sparkasse, Langgasse 11.**  
Durch weitere Ausdehnung und größere Umsätze meines Geschäftes bin ich  
in der Lage meine Verkaufspreise noch billiger wie bisher zu stellen und werde ich  
auch für die Folge bemüht sein, durch **streng reelle Bedienung** das  
mir bisher geschenkte Vertrauen nach jeder Richtung hin zu rechtfertigen.  
Hochachtungsvoll (3109)

**Adolph Schott,**  
Langgasse Nr. 11.

**Grösstes Lager**  
in  
**Modernsten Ueberzieher-, Anzug-,  
Beinkleider-, Reisemäntel-, Jagd- und  
Schlafrock-Stoffen,**  
**haltbaren Buckskins zu Knabenanzügen**  
schwarzen Tuchen, Croisées, Satins, Düffeln, Tricots, Förster-, Uniform-, Livree-,  
Wagen-, Pult- und Billard-Tuchen,  
in farbigen haltbaren Tuchen zu Pelzbezügen und Pelzdecken.  
**Reisedecken, Regenschirme, Unterkleider, Cravatten, Cachenez,  
seldene Taschentücher.** (3037)  
Billigste feste Preise.  
**F. W. Puttkammer,**  
Tuchhandlung en gros & en detail.  
Gegründet 1831.  
Muster  
zur  
Ansicht.  
Muster  
zur  
Ansicht.

**Anticher-Röcke,  
Mäntel**  
empfehlung zu sehr billigen Preisen  
**J. Baumann, Breitg. 36.**  
**Wichtig für Schiffe.**  
Kohlenanzünder,  
vollständiger Ersatz für Holz und  
Kien bei Kochherden, Defen wie  
Dampfeseln. (2377)  
**L. F. Krueger,**  
Danzig, Heil. Geistgasse Nr. 73.  
Niederlage für Neufahrwasser bei  
Herrn G. B. Gwald, Schulstraße 10

**Gold  
und  
Silber**  
(8935)  
kauft stets und nimmt zu vollem  
Werth in Zahlung  
**G. Seeger,**  
Juwelier u. Goldschmied,  
Goldschmiedegasse 22.

**Ein starkes Arbeits-  
pferd, 4-6 Joll groß, wird zu  
kaufen gesucht. Adressen  
unter Nr. 3120 an die Expedition  
dieser Zeitung.**  
**1 guter Gehpelz**  
wird gekauft Heil. Geistg. 30, 2 Tr.

**Comtoir!**  
Langenmarkt Nr. 40 sind  
2 Zimmer in der Hange-  
Etage als Comtoir zu ver-  
mieten. (3129)

**Winterplatz 1**  
ist die hochparterre gelegene Wohnung,  
best. a 3 gr. Zimmern, Kabinett Küche  
u. Kucheb., mit Wasserheizung u. 1. April  
zu verm. N. Gerst. Graben 36 im Comi.  
Herrsch. Wohnung v. 7 heizb.  
Zimmern, heizb. Wäscheküche,  
Badekuche etc. zu vermieten  
2906  
Lafayette 39 a.

**Langgasse 67,**  
Eingang Portenstraße, ist  
**ein Laden**  
mit großem Schaufenster, Gasanrich-  
tung etc. der sofort zu verm. N. bei  
**F. W. Puttkammer.**

**Grads**  
sowie ganze Anzüge werden stets ver-  
kauft Breitgasse 36 bei A. Baumann.  
**V. R. K. D.**  
General-Verammlung.  
Sonnabend den 10. December,  
Abends 8 Uhr präcise  
im Sectional-Lokal.  
Der Vorstand.  
(2902)

**Ortsverein  
der Maschinenbauer und  
Metallarbeiter.**  
Verammlung. Sonnabend, den  
10. December, Abds. 8 1/2 Uhr, Breit-  
gasse Nr. 83.  
Tagesordnung. Wahl des Aus-  
schusses und zweier Vertreter zum  
Districte. Aufnahme neuer Mit-  
glieder. Vorher: Bücherwechsel.  
3131  
J. A. Kranten u. Vegetabilien-Gasse  
Eingeloch. Hilselasse.

**Armen-Unterstützungs-Verein.**  
Freitag, den 9. December, Abends  
6 Uhr findet die Comité-Sitzung im  
Bureau, Bertholdstraße 3, statt.  
Der Vorstand.

Heute angekommen:  
**Frische französische  
Mustern,**  
a Duzend 1.40 A.  
**Oswald Nier,**  
Langgasse 24. (3136)

**Restaurant Balkowski,**  
**vorm. Selonke,**  
**Heiligegeistgasse 23.**  
Ausgang von Engl. Brunnen  
und vorzügl. Lagerbier der  
Danziger Actien-Bräuerei.  
Mittagstisch kräftig  
und der Saison entsprechend von 12  
bis 3 Uhr in und außer dem Hause  
zum civil. Preise. Reichhaltige Speise-  
karte (warm und kalt zu jeder Tages-  
zeit). Königsberger Rindersteak in  
Beisauce, täglich frisch. Zimmer für  
Vereins- und Familien-Festlichkeiten.

**Weihenstephan**  
aus der  
**Kgl. Bairischen Staatsbräuerei.**  
**A. Thimm,**  
Gumbegasse 89. (3471)

**Ausschank  
der  
Gulmbacher Export-  
Bier-Bräuerei**  
von  
**J. W. Reichel,**  
Danzig, Holzmarkt 6, parterre,  
neben Hotel d'Oran.  
**A. Schröder.**  
Gute Speisen. (2125)

**Kaiser-Passage,**  
Milchkammengasse 8.  
Heute Donnerstag, sowie jeden  
folgenden Dienstag und Donnerstag  
Großes Familien-Concert bei freiem  
Entree. Anfang 7 1/2 Uhr. (1611)  
**Oscar Schenck.**

**Apollo-Saal.**  
Sonnabend, den 10. Decbr. cr.,  
Abends 7 1/2 Uhr,  
**CONCERT**  
gegeben von  
**Fr. Katharina Brandstaeter**  
und  
**Herrn Pianist Willy Helbing**  
unter gütiger Mitwirkung von  
**Herrn Ferd. Reutener.**  
Der Concertflügel von Jul. Blüthner-  
Leipzig ist aus dem Magazin des  
Herrn Wiede.  
Numerirte Billets à 3 u. 2 A., Steh-  
plätze à 1.50 A., Schülerbillets à 1 A.  
sind bei Constantin Bismuth, Musi-  
kalien- und Pianoforte-Handlung  
zu haben. (2817)

**Stadt-Theater.**  
Freitag, den 9. December 1887.  
Außer Abonnement. Bei halben  
Opern - Preisen P. P. A. Die  
Fiedermas. Operette in 3 Akten  
von Johann Strauß.

**Wilhelm-Theater.**  
Freitag, den 9. December 1887,  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Große Künstler-  
Vorstellung.**  
Auftreten von **Mlle. Karma,**  
außerordentliche Production auf der  
mechanischen Wunderleiter,  
**Frères Garnelly,**  
Parterre-Gymnastiker,  
**Mr. Romeo,**  
Jongleur und Equilibrist,  
**Sign. de Vally,** Drehstuhl-Künstler,  
**Fräul. Stori, Fräul. Bernhardt,** Herr  
**Charion Herr Th. Bierath,** sowie  
sämmliche Specialitäten.  
Druck u. Verlag v. A. B. Hofmann  
Giebn eine Beilage.



# Beilage zu Nr. 16807 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 8. Dezember 1887.

## Reichstag.

8. Sitzung vom 7. Dezember.

Zur ersten Berathung steht der vom Abg. Mundel eingebrachte Gesetzentwurf, betr. die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafe, in Verbindung mit dem vom Abg. Hintelen eingebrachten Gesetzentwurf, betr. die Abänderung und Ergänzung der Vorschriften der Strafprozeßordnung über die Wiederaufnahme des Verfahrens, sowie die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen.

Abg. Mundel (freis.): Mein Antrag, der weder neu, noch ein Parteiantrag ist, ist schon in der vorigen Session vom Reichstag, aber nicht vom Bundesrath angenommen worden. Ich habe die von der Commission des Reichstags beschlossene Fassung angenommen, während meine ursprüngliche Redaction weiterging. Der vorliegende Antrag beschränkt sich nur auf solche, die von einer rechtskräftig erlittenen Strafe im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen sind. Die Regierung wollte solchen Personen gegenüber nur einen Billigkeitsanspruch anerkennen und im Verwaltungswege eine Entschädigung gewähren. Nachdem aber die Regierung in den Grundzügen für die Alters- und Invalidenversicherung erklärt hat, daß der Arbeiter im Gegensatz zur Armutspflege eine Unterstützung für sein Alter nicht mehr als Wohlthat, sondern als ein Recht erhalten solle, wird sie in dieser Frage ihren früheren Standpunkt kaum mehr aufrecht erhalten können. Es ist ein Unterschied, ob ich etwas nur dem Mitleid verdanke oder als Recht in Anspruch nehmen kann. Ein Fabrikbesitzer in Mecklenburg, dessen Etablissement leider gegen Feuer versichert war, erhielt, als dasselbe abbrannte, keine Entschädigung, sondern wurde auf Veranlassung der Versicherungsgesellschaft sechs Monate in Untersuchungshaft gehalten und verlor inzwischen durch Concurß sein ganzes Vermögen, so daß der Mann von Rechts wegen zum Bettler geworden ist. Eine Belastung des Reichs durch den Antrag würde kaum nennenswerth sein. Mein Antrag unterscheidet sich von dem des Abg. Hintelen nur in dem einen Punkte, daß man Personen, die vielleicht schuldig sind, denen aber die Schuld nicht nachgewiesen werden kann, nicht an den Wohlthaten dieses Gesetzes theilnehmen lassen will. Man kommt dadurch wieder dahin, zwei Arten von Freisprechungen zu statuiren, die sogen. Freisprechung von der Instanz und die völlige Freisprechung. Ich darf hoffen, daß der Antrag ohne große Debatte genehmigt wird.

Abg. Hintelen (Centr.): Wenn durch die staatliche Organisation oder im Wege geordneter Rechtspflege ein Staatsbürger zu Schaden gekommen ist, so ist es Pflicht des Staates, dafür aufzukommen. Zu diesem Grundsatz hat sich auch bereits wiederholt der Reichstag bekannt, und zwar mit immenser Majorität, die sich aus allen Parteien zusammenfand. Dreimal bereits haben Commissionen dieses Reichstags sich mit der Materie zu beschäftigen gehabt; ich schlage daher vor, diesmal von einer commissarischen Berathung abzusehen. Redner erörtert den Unterschied zwischen dem Antrage Mundels und dem seinigen, welcher letztere eher Aussicht auf Annahme durch die Regierung habe.

Abg. Klemm (cons.) hebt hervor, daß es sich hier nicht um einen Akt der Humanität, sondern um ein Rechtsprincip handle; man müsse daher die Linie sehr vorsichtig ziehen, bis zu welcher ein Rechtsanspruch gewährt werden dürfe. Die Bedenken, die er und seine

Freunde schon 1885/86 gegen den Antrag Mundel gehegt hätten, bestünden daher noch fort. Er hegt Bedenken, eine Entschädigungspflicht des Staates auszusprechen. Auch könne man eine Geldentschädigung nicht als öffentlichen Ausgleich einer Freiheitsstrafe hinstellen. Und wie wolle man den unschuldig Hingerichteten entschädigen? Man könne doch nicht die Erben schadlos halten! Uebrigens hat der Reichstag schon über diese Sache Beschluß gefaßt, aber der Bundesrath hat zu ihm noch nicht Stellung genommen.

Abg. Kulemann (nat-lib.) steht auf dem Boden des Antrags, glaubt aber auch, daß eine weitere Verfolgung desselben nicht thunlich, wenn die verbündeten Regierungen noch nicht feste Stellung zu demselben genommen hätten. Jedenfalls müsse vermieden werden, daß jemand eine Entschädigung erhalte, welcher nur freigesprochen wird, weil es an genügenden Schuldbeweisen gegen ihn fehle.

Geh. Rath v. Penthe erklärt, daß der Bundesrath sich mit den drei vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwürfen beschäftigt, aber alle drei abgelehnt hat, und zwar den betreffend die Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen unter Aussprechen des Erwartens, daß in den Bundesstaaten die Gelder flüssig gemacht werden, um solche Entschädigungen zu gewähren.

Abg. Mundel: Hr. Kulemann sagte, es würde ein Hohn sein auf die Rechtsprechung, wenn diejenigen Leute, die wegen eines non liquet freigesprochen würden, noch eine Prämie von Reichs wegen bekämen. Ein Hohn auf die Justiz ist es, wenn die Leute, die man unrechtmäßig angefaßt hat, keine Entschädigung bekommen. Von einer Prämie ist hierbei gar keine Rede. Bescheiden soll der materielle Verlust, den jemand erlitten hat, ersetzt werden. Die Fälle, in denen ein non liquet ausgesprochen wird, sind äußerst selten. Nach der Erklärung des Vertreters des Bundesraths wollen wir zeigen, daß der deutsche Reichstag ein Recht des unschuldig Verurtheilten anerkennt, welches auch der Bundesrath früher oder später anerkennen muß.

Abg. Hintelen tritt ebenfalls den Bedenken des Abg. Kulemann entgegen.

Abg. Träger (freis.): Schon Friedrich d. Gr. hat bestimmt, daß der unschuldig Verurtheilte zu entschädigen sei. Demgegenüber hat die nackte und kurze Erklärung der verbündeten Regierungen einen verblüffenden Eindruck gemacht. Das Reich würde sich selbst depossidiren, wollte es die Regelung dieser Sache den einzelnen Bundesstaaten überlassen. Und wie soll die Sache geregelt werden? Der Beschluß der verbündeten Regierungen scheint mir darauf hinauszulaufen, daß die unschuldig Verurtheilten angewiesen sein sollen, mit dem Bettelstabe bei den einzelnen Staaten herumzugehen. Diesen Standpunkt halte ich für einen des Reichs nicht würdigen. Das Hauptbedenken hat Hr. Hintelen durch seinen Antrag heute wieder wachgerufen. Geben Sie diesen Anregungen nach, dann erschüttern Sie die Basis des ganzen Gesetzes. Ehe Sie diese juristischen Schulbegriffe von „nachgewiesener Unschuld“, „nicht nachgewiesener Schuld“ u. s. w. kategorisch aufstellen, lassen Sie lieber die Sache beim Alten. Die Haltung der verbündeten Regierungen ist mir ganz unerklärlich. Es handelt sich hier um keine Parteifrage. Was hier verlangt wird, erfordert keine großen Ausgaben. Die Regierung ist stolz darauf, auf socialpolitischem Gebiet einen Anlauf genommen zu haben, und sie ist dabei, das Gebäude zu

krönen. So lange sie aber ein solches Gesetz nicht giebt, kann von einer Krönung des Gebäudes keine Rede sein. Die zweite Lesung des Antrags wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Berathung des vom Abg. Mundel eingebrachten G.-E., betr. die Ueberweisung der Preßvergehen an die Schwurgerichte.

Abg. Mundel: Ein Mißtrauen gegen die Gerichte soll der Antrag nicht enthalten, aber unleugbar geht eine gewisse Befangenheit in diesen Dingen durch den Richterstand. Wir verfolgen mit dem Antrag kein einseitiges Parteiinteresse, denn dasselbe Verlangen wurde schon zur Zeit der Kreisrichtercommission gestellt, wo von liberaler Seite gegen die Richter wenig zu sagen war. Der moderne Amtsrichter war damals noch nicht bekannt; auch hegte man viel weniger militärische Sympathien an den Gerichten als jetzt. In solchen Fällen, wo die Politik eine Rolle spielt und den Menschen fortreißen kann, darf die richterliche Unparteilichkeit nicht auf Spiel gesetzt werden. Der Richter ist auch ein Mensch und kann sich seiner politischen Ansicht nicht ganz entziehen. Der Zug der Zeit und der Regierung geht dahin, alle zum Staate in einer amtlichen Beziehung stehenden Personen für sich in Anspruch zu nehmen und nach dem Befinden des Herrn v. Büttlamer zu belohnen oder zu bestrafen. Deshalb haben wir jetzt gerade Veranlassung, den Antrag zu stellen, und die Herren auf der Rechten mögen bedenken, daß es auch wieder umgekehrt kommen kann. Es paßt nicht für den Richter, in eminent politischen Dingen Partei ergreifen zu müssen. So sind z. B. die Vergehen wegen Beleidigung des Reichskanzlers für die Richter ein heißes Ding. Der Reichskanzler selber untersteht ja nicht den Gerichten selbst, sondern der Rechtsprechung des commandirenden Generals des 3. Armee-corps. Was aber der Reichskanzler seinerseits als Beleidigung ansieht, kommt vor die Gerichte, und es wäre vielleicht schon eine Beleidigung des Reichskanzlers, wenn der Richter anders denken sollte. Der Staatsanwalt lehnte in einem Falle die Verfolgung ab, der Denunciant wandte sich aber nicht an die Oberstaatsanwaltschaft, sondern an den Reichskanzler. Dieser vergaß, daß die von mir gebrauchten Worte seine eigenen waren — es handelte sich um „die Klinken der Gesetzgebung“ — und da mußte der Staatsanwalt gegen mich einschreiten. Als ich dann klar machte, daß man den Reichskanzler doch nicht mit seinen eigenen Worten beleidigen könne, sah der Richter ein, daß nichts zu machen sei. Viele Leute sind ja heute in erster Linie Vientenants der Reserve und erst in zweiter Linie Amtsrichter, wenn man ihren Visitenkarten trauen darf. Der vorige Reichstag hat sich beikommen lassen, das Gehalt eines dritten Directors im Auswärtigen Amte zu streichen. Da brach ein furchtbarer Sturm los, an dem sich sehr viele Menschen mit Blasen betheiligten. So schickte auch in einem schlesischen Kreise ein Landrath, der nicht im Hause sitzt — ausnahmsweise — (Weiterkeit) eine Adresse an den Reichskanzler, an der sich auch der dortige Staatsanwalt betheiligte. In dieser Adresse protestirten die Unterzeichner gegen den Reichstagsbeschluß, als unpatriotisch, undankbar und schmachvoll. Das unterschrieben der Landrath und der Staatsanwalt. Der „Vote im Riesengebirge“, ein fortschrittliches Blatt, behauptet nun, der Landrath habe diese Adresse durch die Frau des verstorbenen Gemeindevoten, während sie gleichzeitig amtliche Briefe beforgte, colportiren lassen,

und knüpfte dann weitere Bemerkungen. Der Redacteur Dürholt, ein Mann, der gegenwärtig seine einundzwanzigste Strafe abbüßt, wurde — in Hirschberg kommt es ja auf einen oder zwei Monate mehr oder weniger nicht an — zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, weil jene Behauptung eine dreifache Unwahrheit gewesen sei, denn nicht der Landrath v. Hoffmann, sondern der Privatmann v. Hoffmann habe die Adresse durch die Botenfrau herumgeschickt. Die Gegenklage des Redacteurs gegen den Landrath wegen des Ausdrucks „dreifache Unwahrheit“ wurde zurückgewiesen, weil der Ausdruck innerhalb der Grenzen berechtigter Interessen parlamentarisch sei. Ein Gericht, das in solcher Weise urtheilt, ist nicht ganz frei von subjectiver Beeinflussung. Als der erwähnte Redacteur über einen Beschluß des jetzigen Reichstags eine abfällige Bemerkung machte, ließ ihn der zweite Staatsanwalt Heym in Hirschberg amtlich vernehmen. Darauf erklärte der Redacteur in seinem Blatte, eine Verfolgung wegen Beleidigung des Reichstags sei nur nach eingeholter Ermächtigung des Reichstags möglich. Der Staatsanwalt hätte ihn also zu Unrecht vernehmen lassen. Hierin wurde eine so schwere Beleidigung des Staatsanwalts gefunden, daß der Redacteur zu 6 Monaten verurtheilt wurde. (Hört! Hört! links.) Auch hier in Berlin ist es ein großer Unterschied, mit welchem Buchstaben man anfängt. Mit dem Buchstaben W. komme ich vor die beste Strafkammer hier in Berlin, andere Buchstaben können sehr gefährlich werden. Als die „Freis. Zig.“ in ihrem Reichstagsberichte die Rede des socialdemokratischen Abg. Heine und seine Erlebnisse im Gefängnisse mit einigen redactionellen Bemerkungen brachte, welche letztere nach Erkenntnis des Gerichtes nicht strafbar waren, wurde trotz des Privilegiums der Freiheit der Presse die Zeitung wegen dieses wahrheitsmäßigen Berichtes verurtheilt. Der „Reichsfreund“ schrieb einmal, wenn die freisinnige Partei die vom Reichskanzler gegen sie gebrauchten Worte, wie „daß sie gefährlicher und giftiger sei, als die Socialisten, daß sie Vaterlandsverrath treibe u.“, mit ähnlichen erwidern würde; der Präsident den Redner zur Ordnung rufen würde, das würde ja auch der Fall sein. Der „Reichsfreund“ wurde wegen dieses Artikels verurtheilt. Der Beweis, daß der Reichskanzler solche Ausdrücke gebraucht hat, wurde als unerheblich abgelehnt. Ein anderer Fall aus Hirschberg ist folgender. Ein Blatt hatte berichtet, ein Pastor habe in der Kirche seinen Kister geprügelt. Der Pastor stellte gegen die Zeitung den Strafantrag. Der Kister gab allerdings zu, daß er geprügelt sei, der Pastor lagte aber nein. Das Gericht hielt den letzteren für glaubwürdig und verurtheilte den Redacteur zu 4 Monaten. (Weiterkeit.) Was versteht man ferner unter einer erlaubten und unerlaubten Verbindung. Ich habe mich selbst schon gefragt, ob ich nicht etwa zu einer solchen geheimen Verbindung gehöre. Vielleicht ist auch die Ehe mit ihren intimen Vorgängen, die nicht bekannt werden dürfen, eine solche geheime Verbindung. Wenn in jenem Falle die Ehre des Pastors auf 4 Monate, dagegen die eines früheren Collegen, des Hrn. Mayer aus Württemberg, der von einem Redacteur des Landesparlaments beschuldigt wurde, nur auf 150 oder 200 M. taxirt wurde, so ist das eine Ungleichheit, die ausgemerzt werden muß. Man nehme deshalb diese Sachen den Gerichten fort und trage sie dahin, wohin sie gehören: in die Schwurgerichte. Die öffentliche Meinung weiß immer die besser, was eine Beleidigung ist, während man z. B.



in dem Fall des Staatsanwalts Sehm förmlich zwischen den Parteien gesucht hat, um eine Beleidigung zu entdecken. Hierher gehören auch die Beleidigungen, für die sich die Staatsanwaltschaft interessiert. Wenn infolge des großen Apparats, der beim Schwurgericht nötig ist, die Staatsanwälte etwas weniger Anträge stellen, so wäre das kein Unglück. Denken Sie z. B. an den großen Unfug, der schon durch sonst ganz wahrheitsgemäße, wenn nur sensationelle Zeitungsnachrichten begangen werden kann. Mein Antrag soll ein Schutz der Richter sein, sie bei der Ausübung ihres Berufs außerhalb der politischen Strömungen stellen. Gefahren bringt mein Antrag nicht. Das er durchführbar ist, sehen wir in Bayern. (Beifall links.)

Abg. Hartmann (cons.) bestreitet, daß stets politische Interessen in Frage kommen, wenn die Staatsanwaltschaft eine Beleidigungsklage erhebt; er weist hin auf die vielen Klagen wegen Beamtenebeleidigung. Die von Hrn. Mundel angeführten Prozesse sind mir nicht in der Lage zu beurtheilen; wir kennen nicht den Wortlaut der incriminirten Beleidigungen. Hr. Dürholt in Pirschberg ist allerdings oft verurtheilt worden; aber hätte er denn geringere Strafe von den Geschworenen zu erwarten gehabt? Dann ist die Rede gewesen von einem Staatsanwalt, der den Reichstag in einer Adresse beleidigt habe, ohne daß gegen ihn eingeschritten sei. Nun, jene Äußerung bezog sich doch nur auf die Majorität jenes Reichstags, nicht auf den gesammten Reichstag (Lachen links). Ich habe den Eindruck, daß für den Antrag Mundel keine Gründe vorlagen, er hat nur das Bedürfnis gehabt, gewisse ihm unangenehme Dinge unter seiner Immunität hier vorzutragen. Daß im übrigen die eine Kammer gelinder, die andere strenger urtheilt, das ist immer so gewesen und wird immer so bleiben, so lange Sie nicht Maschinen erfinden, die Recht sprechen. Redner schließt mit der Erklärung, daß seine Fraction nicht auf den Antrag eingehen werde. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Ich siehe betreffs der Schwurgerichte ganz auf dem Boden englischer und amerikanischer Anschauungen. Menschliche Unvollkommenheiten treten selbstverständlich auch in den Geschworenengerichten hervor. Aber was das Criminalrecht betrifft, so ist es unzweifelhaft in hohem Grade bedenklich, wenn man sich dauernd mit Criminalsachen beschäftigt. Sie entziehen den Richtern den Anschauungen des Lebens; der Richter entdeckt überall Verbrechen. (Sehr richtig! links.) Ich kann über die Sache mitreden, denn ich bin Advokat, Mitglied des Criminalsenats des höchsten Gerichtshofes und nachher Schöffe und Geschworener gewesen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Herren, welche am längsten im Criminalsenat gefessen haben, am meisten geneigt waren, auf die höchsten Strafen zu erkennen. Das kommt davon, wenn man dauernd handwerksmäßig die Sache macht; der menschliche Geist wird dadurch mehr und mehr abgehärtet. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Die alten Deutschen haben auch vor einem Volksgericht gestanden, die gelehrten Richter kamen erst durch die Römer zu uns. Ich spreche es unerbötlich aus, daß das Recht sprechen in Preußen mir mehr als einmal ein Grauen erregt hat. Selbst bei den Urtheilen der höchsten Gerichte könnte ich meine Zweifel erheben, und ich habe keinen Anstand, zu sagen, daß bei der Besetzung der Gerichte namentlich in die leitenden Stellen ein zu großes Maß staatsanwaltlichen Blutes gebracht wird. Es würde nützlich sein, wenn wir die staatsanwaltliche Carriere absolut von der richterlichen trennten. Ich begreife also sehr wohl, daß man beantragte, die Schwurgerichte zu erweitern. Im Augenblick aber kann ein solcher Antrag sogar gefährlich sein bei der Tendenz vieler mächtiger Stellen, die Schwurgerichte wesentlich anders zu componiren. Ich möchte mich darauf beschränken, die bestehenden Schwurgerichte zu verteidigen, damit in besseren Zeiten das Weitere erreicht werden kann. Jeder Angriff auf die Geschworenengerichte und auf die Öffentlichkeit des Verfahrens, das Fundament unserer Prozessordnung, muß energisch zurückgewiesen werden. (Vebh. Zustimmung.) Ohne commissarische Berathung

genügt diese Anregung, um daran zu erinnern, daß die Schwurgerichte für alle Minoritäten immer und jeder Zeit eine Schutzwehr gegen Willkür bilden müssen, und daß wir in einer Zeit, wie der jetzigen, nicht genug Schutzwehren gegen Willkür haben können. (Beifall im Centrum.)

Hierauf vertagt das Haus die weitere Debatte.

Nächste Sitzung: Montag.

### Landwirthschaftliches. Vom milchwirthschaftlichen Verein.

(Original-Correspondenz der „Danziger Zeitung“.)

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf: Neuere Erfahrungen auf dem Gebiete der Molkereitechnik und der Genossenschaftsmolkereien. Ueber den ersten Theil, die Molkereitechnik, berichtete Professor Kirchner-Halle und erwähnte zunächst das Pasteurisiren der Milch, welches darin besteht, daß die Milch auf eine gewisse Temperatur, dicht unter dem Siedepunkt des Wassers (circa 66° N.), erhitzt wird; dadurch sollen die verschiedenen Fermente, namentlich der Milchsäurebactillus, welcher das Säuern, Däuerwerden der Milch verursacht, zerstört werden, und die so behandelte Milch soll sich längere Zeit, bis 60 Stunden lang halten. Nach der Ansicht des Referenten hat diese Methode sich nicht bewährt; einmal ist der Apparat sehr kostbar, dann aber wird häufig die richtige Temperatur nicht erreicht, die beabsichtigte Wirkung bleibt aus und die Kosten sind vergeblich angewandt. Wir können dieser Auffassung nicht ganz beipflichten. Es ist keineswegs schwierig, die richtige Temperatur thatsächlich zu erreichen, und dann ist die Wirkung gesichert. Daß die Kosten des Verfahrens hoch sind, kann nicht bestritten werden, indessen kann man den Zweck auch auf einfachere Weise dadurch erreichen, daß die Milch in einer gewöhnlichen offenen Tonne mittels einer Dampfchlange erhitzt wird. Dieses Verfahren ist sehr billig und wird in vielen Molkereigenossenschaften angewandt, deren Mitglieder Magermilch, welche zu Speisemilch für Arbeiter verwandelt werden soll, nach Hause nehmen. So behandelte Milch hält sich auch im heißen Sommer vierundzwanzig Stunden lang, und das genügt für die Praxis vollkommen. Viel sicherer ist es, wenn die Milch völlig gekocht wird. Aufgekochte Milch, in welcher das Gärweiss geronnen ist, schmeckt weniger gut als mäßig erwärmte, doch macht dies, wenn sie zum Trinken benutzt werden soll, keinen Unterschied. Daneben aber hat man den Vortheil, daß gesundheitsgefährliche Organismen, wie der Tubercel-Bacillus, durch die Siedehitze zerstört werden, und hierin sehen wir einen großen Gewinn. Es ist höchst wahrscheinlich, daß durch die Milch kranker Kühe die Lungenentzündung gar nicht selten auf Menschen übertragen wird.

Dann fand der Separator von de Laval für Handbetrieb eingehende Beschreibung. Diese Centrifuge ist höchst sinnreich construirt, und die Kraft eines Mannes genügt, den Apparat in die notwendige Geschwindigkeit zu versetzen (6—7000 Umdrehungen in einer Minute) und darin zu erhalten. Indessen ist die Sicherheit, daß dauernd mit gleicher Kraft gearbeitet wird, also dauernd die Geschwindigkeit der Umdrehungen die gleiche bleibt, bei der Menschskraft im Vergleich zu einem Pferdegeschloß oder gar zu einer Kraftmaschine nicht groß genug, um die neue Erfindung für den Kleinbetrieb, für den sie gerade bestimmt ist, empfehlenswerth erscheinen zu lassen. Sobald die Zahl der Umdrehungen sinkt, etwa auf 5000, wird die Entnahme unvollkommener, und der Molkereibetrieb fann, ohne gleich zu wissen, wodurch, großen Schaden haben. — Indem wir eine ganze Reihe anderer zur Beschreibung gelangter Geräte übergehen, heben wir noch hervor, daß Redner mahnte, der Käse größere Aufmerksamkeit zu schenken, als es bisher geschehen sei. Die Herstellung guter Magerkäse rentirt wieder besser, als in den letzten Jahren; man muß nur bei der Wahl der

Sorten den Geschmack, wie er sich bei der ländlichen und städtischen Arbeiterbevölkerung herausgebildet hat, berücksichtigen. Das gilt z. B. von dem durch Professor Fleischmann in Baden eingeführten, nach Schweizer Art gearbeiteten Magerkäse. Nächstlich wird man auch an anderen Orten mit Erfolg vorgehen können; zweifellos ist, daß aus der mittels Centrifugen entrahmten Milch sich vorzügliche Käse herstellen lassen, was bis vor kurzem noch geleugnet wurde. Von besonderer Wichtigkeit ist die Herstellung von sogenannten Delikatesskäsen, wie Camembert, Romadour, Gervais, Neuschäteller u. a., welche von gleicher Vorzüglichkeit wie in Frankreich auch bei uns gemacht werden können. Große Geldsummen, welche für diese Käse ins Ausland gehen, könnten der heimischen Landwirthschaft erhalten werden. Was die Magerkäse betrifft, so ist an deren Consum die Bevölkerung der östlichen Provinzen leider noch nicht gewöhnt, und sind bisher alle darauf gerichteten Versuche vergeblich gewesen. Während der bairische Arbeiter durchschnittlich mehr Käse als Brod verzehrt, spielt bei uns zu Lande der Käse in der Volksernährung noch gar keine Rolle.

Ueber Erfahrungen aus dem Betriebe der Molkerei-Genossenschaften theilte Dr. Schrödt-Kiel manches Neue mit, was von Mitgliedern der Versammlung theilweise ergänzt wurde, es würde zu weit führen, hier auf alle Details einzugehen.

Ueber die Frage, ob es angezeigt erscheine, in nächster Zeit wieder eine größere Molkerei-Ausstellung in Aussicht zu nehmen, referirte Gutsbesitzer Plehn-Pichtenhal. Die großen Fortschritte des Molkereiwesens in den letzten 15 Jahren sind allgerühmt, theils durch die Ausstellungen hervorgehoben worden. Die erste internationale Molkerei-Ausstellung, welche 1877 in Hamburg ins Leben gerufen wurde, schuf erst die Bahn, auf welcher alle bis dahin zerstreut gewesenen Bestrebungen vereinigt weiterstreiten konnten. 1879 folgte die erste deutsche Molkerei-Ausstellung in Berlin, 5 Jahre später, 1884, die zweite in München. Zwischenzeitlich haben zahlreiche lokale wie provinzielle Ausstellungen stattgefunden und in kleineren Kreisen Anregung und Förderung hervorgerufen. Man sollte keine größere Pause als 5 Jahre eintreten lassen, denn man darf sich nicht verhehlen, daß wir erst im Anfang unserer Arbeit stehen. Sehr groß sind auch die Kreise in Deutschland, welche von unseren Bestrebungen noch unberührt geblieben sind und in welchen, was das Molkereiwesen betrifft, noch traurige Zustände herrschen. Auch für die Zukunft sind die größeren Ausstellungen nicht zu entbehren. Folgende Resolution: „Die Versammlung beschließt, daß die dritte deutsche Molkerei-Ausstellung für das Jahr 1889 in Aussicht zu nehmen ist, und beauftragt den Vorstand, die nöthigen Vorbereitungen zu treffen und einen geeigneten Ort zu wählen“ wird einstimmig angenommen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung: „In welcher Weise können die Molkerei-Genossenschaften Einfluß auf die Fütterung der Kühe ihrer Mitglieder üben, um stets normale Milch zu erhalten?“ mußte wegen vorgerückter Zeit abgesetzt werden.

Aus dem vorstehenden Berichte werden auch der Sache fern Stehende entnehmen können, daß viele wichtige Fragen behandelt, manche darunter gelöst sind, und daß das Molkereiwesen neue Förderung gefunden hat. Wir können behaupten, daß der milchwirthschaftliche Verein immer größerer Beachtung findet, was auch daraus hervorgeht, daß in den beiden letzten Jahren der Minister der Landwirthschaft einen Vertreter, Herrn Geheimen Ober-Regierungsrath Dr. Thiel, zu den General-Versammlungen entsandte; es ist zweifellos viel Nützliches geschaffen worden, aber eine Anerkennung aus dem landwirthschaftlichen Kreise, gerade die für einen Verein allerordentlich, vermessen wir: das ist zahlreichere Erklärung des Beirittes. Der Verein, der über ganz Deutschland verbreitet ist, zählt wenig über 300 Mitglieder. Die Folge davon ist, daß er seine Aufgaben von fern nicht mit der Energie zu

fördern im Stande ist, welche sein Verstand wünscht und welche doch immer nur das Interesse der einzelnen Landwirthe verfolgt. Der Jahresbeitrag belief sich früher auf 5 M.; neuerdings ist er, um auch dem kleinsten Besitzer die Theilnahme möglich zu machen, auf 2 M. als Minimum herabgesetzt. Und dennoch so schwache Theilnahme! Zum Theil liegt dies daran, daß der Verein sich nicht bekannt genug gemacht hat, daß er es verschmähte, zu „klappen“. Zum anderen Theil gewiß daran, daß viele Landwirthe zwar gern die durch den Verein ihnen gebachten Vortheile annehmen, eigene Leistungen aber, da sie nicht dazu gezwungen sind, vermeiden und es sich gefallen lassen, daß andere mit für sie zahlen. Das ist freilich kein schöner Zug.

Jedem freundlichen Leser, welche aus Vorstehendem die Ansicht gewonnen haben, daß der milchwirthschaftliche Verein auch für sie nützlich wirkt, mögen sich zum Beitritt entschließen und denselben dem Geschäftsführer, Herrn Detonomierath Vohsen in Kiel, mit Angabe ihres Jahresbeitrages erklären.

### Productenmärkte.

Königsberg, 7. Decbr. v. Borichs v. Gruhe.)  
Weizen 1000 Ruogr. hochbunter 128 145,75, 148,25, 130 140 und 132 150,50, 13 151,75, blp. 145,75 M. bez., bunter 126 148,25, russ. 119 118, 124 119, 120 123, 121, 125 12, blp. 118,50, bel. 110, 126 125, 12 12 128 122, 129 122 und 13 127,50, 13 128 128 M. bez., rother 130 150,50, 131 151,75 M. bez. — Roggen 1000 Ruogr. inländ. 115 92,50, 117 93, 118 93,25, 120 93,75, 93,25, 121 100, 100 50, 122 10, 25, 101,75, 124 104,25, 126 107,50 M. bez., russ. ab Baba 108 56,50, 109 57,50, 11 63, 116 64, 120 73, 124 78, 79, 126 80, 131 86,50 M. bez. — Gerste 1000 Ruogr. große 88,50, 92,75, 95 M. bez. — Hafer 1000 Ruogr. loco 90 M. bez. — Erbsen 1000 Ruogr. weiße 93,25, 94,50, 98, 101, russ. 93, 94, 94,50, 96, 100, Victoria 100 M. bez., graue 97,75 M. bez., grüne 97,75, 100, 101, 102,25 M. bez. — Bohnen 1000 Ruogr. 113,25, 114,50 M. bez. — Wicken 1000 Ruogr. 88,75 M. bez. — Buchweizen 1000 Ruogr. russ. 88, 91, 91,50, 91 M. bez. — Weizen 1000 Ruogr. hochfeine russ. 154,25, 161,50 M. bez., feine russ. 140, 141,50 M. bez. — Rüben 1000 Ruogr. russ. ger. 132,50 M. bez. — Spiritus 1000 Ruogr. ohne Abz. loco versteuert 95 1/2 M. bez., contingentirt 45 1/2 M. Gd., nicht contingentirt 31 M. bez., 7. December versteuert 95 M. Gd., do. contingentirt 45 1/2 M. Gd., do. nicht contingentirt 31 M. Gd., 7. Frühl. versteuert 100 M. Br., do. nicht contingentirt 31 1/2 M. Gd. Die Notizen für russische Getreide gelten transit.

### Schiffsliste.

Neufahrwasser, 7. December. Wind: S.  
Angekommen: Augusta (SD.), Arp, Königsberg, Getreide und Holz (zum Zuladen).  
Gefegelt: Irene (SD.), Wpl. Mos, Getreide. — Lincoln (SD.), Sammeln, Stockholm, Mehl.  
8. December. Wind: SD. spater WSW  
Gefegelt: Freda (SD.), Schmidt, London, Getreide und Güter.  
Im Ankommen: Dampfer „Sophie“.

### Plehnendorfer Canal-Liste.

7. December.  
Schiffsgesäße.  
Stromab  
Gakle, Bagorski, 100 T. Buder, Wieler, Danzig.

### Thorner Weichsel-Rapport.

Thorn, 7. December. Wasserstand: 1,03 Meter.  
Wind: SD. Wetter: neblig, lau.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und sonstige Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Genelleon und literarische: H. Köster, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthell: A. B. Rosenbaum, sämtlich in Danzig.